Telegraphendrahtpacht Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Expd.: Marienstr. 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 25 Pfge. Komm. 50 Pfge. Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Inserate für uns nehmen an: Die Annoncen-Expedition d. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Rick in Magdeburg; — A. Retz & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 532 (Neust.)

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge ertheilen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Reklamen kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pf.

Julius Mähler,
26 Wilsdruffer-Strasse 26
empfiehlt **kunstgewerbliche Gegenstände** zu
Hochzeits-Geschenken.

F. Unbescheid & Soehne.
Tuchhandlung Schreibergasse 21.

C. A. Rose,
Zahnarzt,
Atelier künstlicher Zahnarbeiten,
Plombirungen etc.
Dresden, Schloss-Strasse Nr. 4, II. Et.
Sprechzeit: 9—4 Uhr Nachmittags.

C. Hesse, Altmarkt,
Königl. Hoflieferant.
Nach beendeter Inventur findet der Verkauf einer **grossen Partie der verschiedensten Tapisserie-Artikel zu bedeutend ermässigten Preisen** statt.
Tapisserie-Manufactur.
Grösstes Lager am Platze.

Nr. 130. 28. Jahrgang. Auflage: 38,000 Expl. | Aussichten für den 10. Mai: Unbestimmt, schwach, veränderlich, Gewitterneigung, Temperatur kälter. | Dresden, 1883. **Donnerstag, 10. Mai.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Niederlage auf Niederlage erleidet die Reichsregierung. Bei der Budgetberathung blieb sie mit 12 Stimmen, bei den Holzzöllen gar mit 27 in der Minderheit. Letztere Scharte ist unbedingt nicht wieder auszuwetzen, die erstere kaum oder doch nur nach mühseligster Schleifarbeit. Bekanntlich wurde der Haushalt des Reiches für 1884/85 als Ganzes der Budget-Kommission zugewiesen. In dieser haben die Konservativen und das Centrum die Mehrheit. Nichts steht im Wege, daß die Kommission für die einzelnen Theile des Budgets Berichterstatter ernennt, die ihre Anträge stellen und so nach Pfingsten der Reichstag einen guten Theil des Budgets in 2. Lesung erledigt. Aber nicht das ganze Budget und nicht seine wesentlichsten Stücke. Den Hauptposten des Haushaltes bildet bekanntlich der Militär-Etat mit seinen (rund) 370 Millionen Mark Ausgabe. In diesem bildet wiederum die Naturalverpflegung des Reichsheeres eine der wichtigsten Ziffern und diese hängt durchaus ab von der Höhe der Lebensmittelpreise für Mannschaften und Pferde. Es wird sich also wesentlich darum handeln, wie die diesjährige Ernte ausfällt. Segnet der Himmel unsere Fluren, so kostet uns die Ernährung unseres Heeres vielleicht etliche Millionen weniger als jetzt gefordert ist. Dann ermäßigen sich auch entsprechend die Zuschüsse der Einzelstaaten an die Reichskasse (Matrikularbeiträge). Hierüber kann man also erst nach Bergung der Ernte, also im Herbste, klar sehen. Bis dahin wird man die Beschlußfassung über die Hauptziffern des Budgets aussetzen oder doch hinausschieben. Dann bleibt also der Haushalt bis zum Spätherbst unerledigt, wenn auch etliche Partien abgethan werden. Insofern ist der Reichskanzler trotz Erlasses der kaiserlichen Botschaft, mit seinem Plane, jetzt den 1884/85er Haushalt berathen zu lassen, gescheitert.

Sein Groll darüber wird durch die Ablehnung der Holzzoll-Erhöhung noch gesteigert werden. Der Reichstag war in dieser Sitzung stärker besucht als zuvor. Immerhin aber hielten sich an die 150 Abgeordnete den Sitzungen fern. Den Ausschlag für die Ablehnung gaben die Polen. Ein großes Unglück vermögen wir in diesem Reichstagsbeschlusse nicht gerade zu erblicken. Es ist, wie von uns schon früher dargelegt, sehr schwierig, gerade hier das Richtige zu treffen. Die verschiedenartigen Interessen, die bei den Holzzöllen in Frage kommen, widersprechen und kreuzen sich so mannichfaltig, daß die Vortheile, die sich die eine Seite von der Maßregel erwartete, überwogen werden von den Nachtheilen der anderen Seite. Die stark entwickelte und ausgedehnte Holzindustrie sah nur mit Bangen der Vertheuerung ihres Rohmaterials entgegen. Etlichen Branchen der Holz-Industrie ist man zwar entgegengekommen. So erleichterte man den Sägemühlen den Fortbetrieb durch andere Abmessung der Holzzölle und das war wesentlich das Verdienst der Sächsischen Regierung, die es nicht litt, daß die blühende Industrie der Sägemühlen durch Ausschluß der böhmischen Stämme dem Untergange zugeführt wurde. Auch dem Bierbau, der die ausländischen großen Stämme für seine Schächte, Gangwerke und Zimmerungen nicht entbehren kann, sicherte man die Zufuhr zu mäßigen Preisen. Endlich geschah das Gleiche für das Böttchergewerbe, das slavonische und kroatische Faßdauben gar nicht entbehren kann. Letztere Concession wurde namentlich beschlossen, seitdem die großen Spiritusbrenner in Preußen dahinter gekommen waren, daß die Holzzölle auf Dauben eine fühlbare Rückwirkung auf den Preis der Spiritusfässer und damit auch auf deren Inhalt äußern würde. Hätte es sich blos um die großen Fässer der Bierbrauer gehandelt, so hätten sich jene preußischen Rittergutsbesitzer, die aus naheliegenden Gründen für die Brau-Industrie kein Interesse hegen, nicht so sehr für mäßige Zölle auf Dauben ins Zeug gelegt. Aber trotz dieser Rücksichtnahme auf etliche ihrer Zweige wäre die Holzindustrie durch Erhöhung der Holzzölle doch recht geschädigt worden. Abgesehen vom Kleingewerbe der verschiedenen Holzindustrien hier von vielen nur zwei Beispiele: der Pianofortebau, der ausländischen Holzes nicht entbehren kann und die Holzschleifereien, Cellulose- und Papier-Fabriken, die gleichfalls sich über die Vertheuerung fremder Hölzer ihre eignen Gedanken machten. Der Industrie schienen die Interessen der Landwirthschaft entgegenzustehen. Ihr muß an einer besseren Rente von der Waldnutzung gelegen sein. Aber auch hier soll man sich nicht von Schlagworten leiten lassen. Der kleine Bauer hätte keinen Nutzen von erhöhten Holzzöllen gehabt. Er erzeugt meistentheils nur Brennholz, dieses bleibt aber nach wie vor bei der Einfuhr zollfrei. Wesentliches Interesse an höheren Holzpreisen hatten nur die Groß-Waldbesitzer und der Staat, soweit sie Nutzhölzer erzeugen, die gegen die ausländischen Baumriesen geschützt werden sollen. Ihr Preis wäre dann sicher erhöht worden. Ob das aber für den Staat ein erheblicher Vortheil war, das steht dahin. Waldreiche Staaten, wir denken dabei zunächst an Preußen, Bayern und Sachsen, sind zugleich auch die größten Industriellen. Sie brauchen für ihre Staatsbahnen jährlich Millionen von Schwellen und für ihre Staatsbauten sind sie hauptsächlich auf die starken Stämme ihrer Staatsforsten angewiesen. Was die Staaten durch bessere Preise ihrer Forstprodukte gewonnen hätten, würden sie wieder durch Vertheuerung ihrer Staatsbauten haben hingeben müssen. Etwas anders läge der Fall für das Reich. Für die Massen von Reichsbauten (Parlamentsgebäude, Kasernen, Postpaläste u. s. w.), die in den nächsten Jahren bevorstehen und die in der großen Hauptsache doch nur nach Preußen kommen, hätte das Reich den preußischen Forsten die Nutzhölzer wesentlich theurer haben abkaufen müssen. Der Staat Preußen hätte auf Kosten des Reichs mittelst der höheren Holzzölle sich einen beträchtlichen Vortheil zugewendet. Das Gleiche gilt in noch höherem Grade von den preußischen Magnaten in Schlesien, Pommern, Posen und der Mark. Die Holzzollerhöhung machte ganz den Eindruck, als sei sie eigens zur Erhöhung des Einkommens der preußischen Rittergutsbesitzer zugesagt. Nun kann man dieser Klasse alles Gute gönnen, aber es darf dies nicht auf Kosten der Allgemeinheit geschehen. Wie man aber auch hierüber denken möge: eine künstliche Steigerung der Holzpreise birgt unbedingt die Gefahr in sich, daß der Waldbesitzer, geleitet durch hohe Preise niederschlagen läßt, was das Zeug hält. Der deutsche Wald, dieser kostbare Nationalbesitz, aufgebaut so hoch da droben, um unser Klima vor jähem Wechsel zu bewahren und Ueberschwemmungen abzuhalten, muß vor Verwüstungen aus menschlichem Eigennutz bewahrt werden, und da die Holzzölle darauf hindrängen, so erscheint uns ihre Ablehnung als sachlich wohlbegründet.

Die Gerüchte, betreffend die Abrüstungsfrage aller Militärstaaten, sind darauf zurückzuführen, daß man sich in Berlin in den maßgebenden Kreisen mit der ernsten Absicht trägt, jeder weiteren Erhöhung der Militär-Budgets ein Ziel zu setzen. Dieser Gedanke soll im Hinblick auf die geplante Einführung des Repetirgewehres, wofür sich die Kosten für die fünf Kontinentalmächte ungefähr auf 100 Millionen Mark belaufen würden, bereits eine praktische Verwirklichung finden. Wie nämlich mit Bestimmtheit verlautet, soll dieser Plan vorläufig aufgegeben sein, was als eine wichtige Bürgschaft für die friedlichen Dispositionen sämmtlicher Kabinette angesehen werden kann.

An Spanien hat Deutschland nunmehr ein Ultimatum in der Handelsvertragsfrage gerichtet. Es wird darin der Vorschlag erneuert, auf Grund der bisher erzielten Uebereinstimmung den Vertrag zum Vortheile beider Staaten endlich abzuschließen. Der deutsche Weinzoll bildet den hauptsächlichsten Stein des Anstoßes. Spanien verlangt immer wieder eine Ermäßigung unseres Weinzolles, obwohl ihm nachgewiesen wurde, daß es dabei schlecht fährt. 1881 wurde nämlich in Deutschland eingeführt an Weinen aus Frankreich 22½ Millionen Kilogramm, aus Oesterreich-Ungarn 6½, aus Italien 2¼, aus Spanien 2 Millionen. Die Ermäßigung des Zolls auf spanische Weine müßte deutscherseits sofort auch auf die Weine der anderen Staaten ausgedehnt werden, sie käme namentlich Frankreich zu Gute. Erfahrungsgemäß werden bei niedrigeren Weinzöllen die theureren und schwereren spanischen Weine durch die billigeren und leichteren französischen verdrängt. Also Spanien sieht sich mit seinem Verlangen selbst im Lichte. Wie gespannt die Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland sind, erhellt aus zwei formellen Thatsachen: die Noten zwischen beiden Ländern werden nicht mehr in der neutralen französischen Sprache, sondern in der des Landes abgefaßt und die letzte deutsche Note vom 6. Mai datirt, wird schon am 8. veröffentlicht. Das deutet auf einen Abbruch der Verhandlungen und die Eröffnung des Zollkriegs deutscherseits gegen Spanien. Die Schuld an diesem beklagenswerthen Ausgang ist nicht auf deutscher Seite zu suchen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Mai.

Berlin. Reichtag. Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß am 22. d. M. der frühere Präsident des Reichstags, Reichsgerichtspräsident Simson, sein 50jähriges Dienstjubiläum begehe. Er erbitte sich die Zustimmung dazu, dem Jubilar Namens des Reichstags die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Die Zustimmung erfolgt einstimmig und unter allseitigem Beifall. Dann wird die zweite Berathung der Gewerbe-Novelle bei den Strafbestimmungen fortgesetzt. Die Abstimmung über den Antrag Baumbach zu § 148, wonach die Bestrafung des unbefugten Eintretens der Hausirer in fremde Wohnungen nur auf Antrag erfolgen soll, ergiebt 125 gegen 125 St. Der Antrag ist also mit Stimmengleichheit abgelehnt, worauf der ganze § 148 mit 131 gegen 130 St. angenommen wird. Zu § 149 beantragt Dr. Baumbach Streichung der Bestimmung, wonach mit Geldstrafe bis zu 30 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft werden soll, wer sich als Innungsmeister bezeichnet, ohne einer Innung als Mitglied anzugehören. — Ackermann tritt für diese Bestimmung ein. Die Strafbestimmung sei seiner Zeit in das Innungsgesetz aufgenommen worden und es habe sich nichts ergeben, was dafür spreche, sie wieder zu beseitigen. Ueberdies habe sie nur in wenigen Fällen Anwendung gefunden. Wenn man so allen berechtigten Anforderungen der Handwerker entgegentrete, so werden sich diese Anforderungen mehr und mehr steigern. — Dr. Baumbach hält die vorgeschlagene Bestimmung für überflüssig. Die Liberalen wollten das Handwerk fördern, aber die Handwerker müßten sich in das bestehende Recht fügen. — v. Minnigerode antwortet auf eine von Baumbach gerichtete Frage, ob er sich für Zwangsinnungen entscheiden würde, er warte in dieser Beziehung die Entwickelung ab; ergebe sich aus dieser Entwickelung die Nothwendigkeit, die Innungen zu obligatorischen zu machen, so würde er sich dieser Nothwendigkeit nicht entziehen. Die Bewegung, welche den Handwerkerstand ergriffen, sei eine durchaus konservative. Der von der Linken eingebrachte Antrag auf Einführung von Gesellenkammern sei eine Dynamitpatrone gewesen, die man unter den Handwerkerstand habe legen wollen. v. Kleist-Retzow spricht im gleichen Sinne, während Büchtemann den Antrag auf Einführung von Gesellen-Innungen rechtfertigt. Für Gesellen-Innungen habe sich auch der kons. Prof. Dr. Wagner ausgesprochen. Bundeskommissar Geh.-Rath Bödiker befürwortet die Aufrechthaltung der angefochtenen Bestimmungen, welche schließlich mit 139 gegen 123 Stimmen angenommen wird. Der Rest des Gesetzes giebt zu wesentlichen Ausstellungen keinen Anlaß. Dann begründet Dr. Thilenius seinen Antrag auf Niedersetzung einer Sachverständigen-Kommission zur Untersuchung der Stromverhältnisse des Rheins und der ihm zuströmenden Nebenflüsse mit Einschluß des Oberlaufs, sowie auf Erwägung, ob nicht von Reichswegen regelmäßige Meldungen von Hochwasserständen sämmtlicher deutschen Ströme an die betheiligten Ufer-Bewohner einzurichten seien. Unterstaatssekretär Marcard erklärt, daß der Reichskanzler noch vor Einbringung des Antrags Untersuchungen veranlaßt habe, wie solchen Kalamitäten, wie die letzten Rheinüberschwemmungen, in Zukunft vorzubeugen sei. Es sind zahlreiche Vorschläge gemacht worden. Dabei sei indeß zu berücksichtigen, daß es Ueberschwemmungen in Folge außerordentlicher Ereignisse waren. Die einzig mögliche Abhilfe deuche nach seiner persönlichen Meinung in der Erweiterung des Hochwasserprofils. Dieze-Bardo bittet bei Flußkorrektionen neben den Interessen der Schiffahrt auch die der Uferanstoßenden zu berücksichtigen. Die Strombauverwaltung habe in Bezug auf die Fahrwasser der Elbe ganz Außerordentliches geleistet. Marquardsen, Schröder, Friedberg, Unden, Grad befürworten den Antrag Thilenius. v. Schalscha bekämpft denselben. Der Antrag sei überflüssig, nachdem die Regierung erklärt habe, daß an einer Besserung der in Betracht kommenden Verhältnisse energisch gearbeitet wird. Der Antrag könne schädlich wirken, indem er zu überstürzten Maßnahmen führe. Die Waldbestände gewährten den besten Schutz gegen Ueberschwemmungen; nach der gestrigen Ablehnung der Holzzollvorlage klinge der Antrag Thilenius wie Ironie. Reichensperger-Crefeld erkennt den guten Willen der Antragsteller an, findet aber den Antrag für zu weitgehend. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Zum Schluß Wahlprüfungen. Die Kommission beantragt die Ungiltigkeitserklärung der Wahl Hänel's (Fortschritt) in Kiel, wegen stattgefundener Konfiskation sozialdemokratischer Stimmzettel. v. Minnigerode (Konservativ) beantragt die Giltigkeitserklärung. Das Stimmrecht der Sozialdemokraten sei durch die Konfiskation der Stimmzettel nicht vereitelt worden, die Stimmzettel konnten geschrieben werden. Ensoldt (Fortschritt) ist für die Ungiltigkeitserklärung. Die Konservativen hätten ein spezielles Interesse an der Giltigkeitserklärung, um eine Präcedenz für die noch zur Verhandlung kommenden sächsischen Wahlen zu bekommen. v. Kardorff (Reichspartei): Danach solle die Wahl Hänel's nur kassirt werden, um auf Grund dieser Kassation die in Frage stehenden sächsischen Wahlen kassiren zu können. Möller: Ich muß die Wahlprüfungs-Kommission gegen diese Insinuation (Präsident rügt Ausdruck), gegen diese Vermuthung verwahren. Marquardsen und v. Heereman (Centrum) erklären sich für die Ungiltigkeitserklärung. v. Minnigerode konstatirt, daß sich die Bemerkung Kardorff's gegen Ensoldt, nicht gegen die Kommission richtete. Die Ungiltigkeitserklärung der Wahl Hänel's wird beschlossen. Die Wahl v. Schorlemer's wird beanstandet. Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf den 22. ds. Mts. an. Tagesordnung: Interpellation Johansen wegen der Militärpflicht der dänischen Untanen in Schleswig; dritte Lesung des Krankenkassengesetzes, womit man spätestens am 26. Mai fertig zu sein glaubt. Am 28. Beginn der dritten Lesung der Gewerbenovelle.

Berlin. Der König und die Königin von Sachsen werden unmittelbar nach den Feiertagen zum Besuch der Hygieneausstellung eintreffen, mehrere Tage hier verweilen und in dem Königl. Schlosse Aufenthalt nehmen.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags hat den Antrag Löwe auf Aussetzung der Etatsberathung bis zum Herbst abgelehnt. — Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat sich schon in mehreren Sitzungen mit der Prüfung der Wahl des Prinzen Handjery (kons.) beschäftigt, ohne bisher zu einem Ergebniß zu gelangen. Die Wahl des Abgeordneten von Zepper-Laski wurde heute für giltig erklärt. — Das Herrenhaus nahm heute seine Sitzungen wieder auf. Erledigt wurden nur unbedeutende Gegenstände. — Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen in der Mordsache Luhn ergab sich, daß Luhn wahrscheinlich sich selbst um's Leben gebracht.

Bonn, 9. Mai. Ein Extrablatt der klerikalen „Deutschen Reichszeitung" bringt ein Telegramm aus Rom, nach welchem die von dem preußischen Gesandten v. Schlözer überreichte Note auf die Desiderata über Erziehung des Klerus und über die bischöfliche Jurisdiktion nicht eingehe. Sie räume die Abschaffung der Strafbestimmungen für Sakramentöspenden und Messeleien gegen die Gestattung des Einspruchsrechtes ein. Der Vatikan weigere sich, das Einspruchsrecht zuzugestehen, wenn die preußische Regierung die organische Revision der Maigesetze verweigere.

Berliner Börse. Von Wien und Paris lagen schwächere Notirungen vor, welche hier einen Coursrückgang der Hauptspekulationspapiere herbeiführten. Auch die Versteifung des Londoner Geldmarktes in Folge ungünstiger Meldungen über Bismarck's Krankheit verstimmten. Später trat leichte Besserung ein. Nachbörse fest. Die leitenden deutschen Bahnen weichend, Kassabahnen still, wenig verändert. Oesterreichische Bahnen vernachlässigt, nachgebend. Oesterreichische Prioritäten wenig verändert. Spekulative Banken belebt, bei weichenden Coursen. Kassabanken still. Leipziger Kredit höher. Von spekulativen Bergwerken Laurahütte stark angeboten. Industrien nur vereinzelt höher. Deutsche Anlagewerthe ruhig, fremde recht matt, aber unbelebt.

Frankfurt a. M., 9. Mai, Abends. Kredit 203¼, Staatsbahn 240½, Lombarden 128½, 6er Loose —, Oest. Goldrente —, Papierrente —, Galizier 96¾, Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente —, 1860er Russen —, 1880er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungarische Papierrente —, Türken —, Egypter 74, Gotthardbahn 124½.

Wien, 9. Mai, Abends. Kredit 300,80, Staatsb. 237,10, Lombarden 145,40, Nordwestbahn 201,50, Marknoten 58,52, Ung. Kredit 302,20, Geschäftslos.

Paris, 9. Mai. (Schluß.) Rente 79,67, Anleihe 109,10, Italiener 91,75, Staatsbahn 206 25, Lombarden 141,50, Lo. Prioritäten 250, Egypter 366, Türken Goldrente 48½, Türken.

Paris (Produktenm.), 9. Mai. (Schluß.) Weizen Mai 25,10, September-December 25,50, Mehl, Mai 60,50, Spiritus Mai 49,50, Zuckerrüben-December 34,00 bez. Rüböl Mai 90,60, September-December 74,00, ruhig.

Amsterdam (Produktenm.), 9. Mai. (Schluß.) Weizen Mai 271, Nov. 285, behauptet. Roggen Mai 165, November 172, ruhig.

Lokales und Sächsisches.

— Der 1800 in Wesenstein geborene, seit 1856 als Professor der Philologie und Beredtsamkeit in Göttingen wirkende Geheime Regierungsrath Dr. Sauppe erhielt aus Anlaß seines 50jährigen Doctor-Jubiläums außer Orden anderer Staaten auch den Sächs. Albrechts-Orden 2. Klasse.

— Durch die Veränderung, betreffend das Großkreuz des Albrechtsordens ist, wie man uns zu berichtigen ersucht, diese jetzige Klasse des Ordens keineswegs aufgehoben, sondern nur die Möglichkeit beschafft worden, in ganz besonderen Fällen, da, wo die Rautenkrone nicht verliehen werden kann, eine außergewöhnliche Dekoration zu verleihen. Geh. Rath Dr. v. Schelling hat das bisherige Großkreuz des Albrechtsordens erhalten.

— Die Professoren an der hiesigen Kunstakademie Leon Pohle und Julius Scholtz erhielten das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens.

— In der aristokratischen Welt ist das Tagesgespräch die Verlobung des Rittmeisters vom Gardereiter-Regiment, Grafen v. Wallwitz mit dem Frl. v. Obreskoff, einer jungen Russin, der Tochter eines Flügeladjutanten des Kaisers aller Reußen.

— Für die aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums des K. Konservatoriums der Musik in Leipzig von dem dortigen Privatgelehrten Dr. phil. Whistling verfaßte statistische Festschrift wurde demselben von Sr. Maj. dem König eine kostbare mit Kgl. Namenszug und Krone versehene Amethystnadel verliehen.

— Ein seltenes Geschenk ist vor einigen Tagen unserem Mitbürger Herrn Ernst von Weber zugekommen. Herr von Weber hatte an die K. Privatbibliothek in Yeddo ein Exemplar der illustrirten französischen Bearbeitung seines afrikanischen Reisewerkes eingesendet. Der Kaiser von Japan ließ ihm dafür durch seine Berliner Gesandtschaft ein freundliches Dankschreiben und als Gegengabe die Prachtausgabe zweier historischer Werke der japanesischen Literatur übermitteln. Die beiden Werke, bestehend aus 6 Bänden, sind in höchst eleganten Kästen eingeschlossen, in schönfarbiger Seide eingebunden und mit rothen goldbedruckten Titeln versehen. Das Gewicht der sämmtlichen 6 Bände ist in Folge des sehr feinen, aber doch zugleich sehr festen Reispapieres ein ganz erstaunlich leichtes. Von der hohen Entwickelung der japanesischen Buchbinderkunst legen diese Bücher ein sehr vortheilhaftes Zeugniß ab.

— Ein hübsches Familienbild aus der Thierwelt bot sich — wie der „L. A." schreibt — kürzlich in Saupsdorf bei Sehnitz, wo ein halberfrorenes junges Häschen, das auf dem Felde gefunden worden war, von einer Katze freundlich aufgenommen und gleich den kleinen Kätzchen liebevollst geäugt wurde. Nach einigen Tagen fand man den jugendlichen Lampe bei seiner Stiefmutter jedoch erdrückt vor, da das gemeinsame Bett doch etwas zu eng gewesen sein mag.

SLUB
Wir führen Wissen.